

Endwachstum – Utopie, Konturen und Spannungen des Degrowth-Spektrums

Der Begriff „Degrowth“ – was so viel heißt wie „Entwachsen“, „Wachstumsrücknahme“ oder teilweise auch „Postwachstum“ – hat in den letzten zehn Jahren eine erstaunliche Karriere erlebt. Seinen Ausgangspunkt hat er in der französischen *Décroissance*-Bewegung, die sich 2008 von Frankreich über Spanien und Italien in den angelsächsischen Raum ausgebreitet hat und auch in Deutschland aufgegriffen wurde. Dass der Begriff einen Nerv trifft, zeigt sich nicht nur an den Hunderten von wissenschaftlichen Publikationen zum Thema, die inzwischen erschienen sind, sondern auch an der Ausstrahlung der mit diesem Feld verknüpften gesellschaftspolitischen Kontroversen. Kristallisationspunkte von beidem sind die seit Paris alle zwei Jahre an wechselnden Orten abgehaltenen internationalen Konferenzen, die sich neben dem wissenschaftlichen Austausch durch starke aktivistische Elemente und eine enge Verbindung zu sozialen Bewegungen und praktischen Projekten auszeichnen. In Deutschland hat die Diskussion um Degrowth insbesondere seit der vierten internationalen Degrowth-Konferenz in Leipzig 2014 Fahrt aufgenommen.

Wissenschaftlich hat sich um den Begriff „Degrowth“ ein neues analytisch-kritisches Paradigma entwickelt (Weiss/Cattaneo 2017), das für die Revitalisierung und Weiterentwicklung der – zuvor über zwei Jahrzehnte hinweg weitgehend brachliegenden – Wachstumskritik und die Suche nach Alternativen zu Wachstum, Kapitalismus und Industrialismus steht. Die interdisziplinäre Forschungs-, Konferenz- und Debattenlandschaft hierzu ist kaum noch überschaubar (für einen neueren Forschungsüberblick vgl. Kallis et al. 2018, für systematisierende Arbeiten vgl. Schmelzer 2015; Muraca 2014) Inzwischen entstehen neben einer Vielzahl wissenschaftlicher Artikel aus unterschiedlichsten Fachrichtungen – vor allem den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, den

Umwelt- und Transformationswissenschaften sowie den Geistes- und Kulturwissenschaften – auch erste Einführungsbücher zum Thema (Kallis 2018; Schmelzer/Vetter 2019).

Als neues Paradigma firmiert Degrowth aber nicht nur für Teile der Wissenschaft, sondern auch für viele Akteure in der Zivilgesellschaft und in sozialen Bewegungen. Bewegungspolitisch sichtbar geworden ist Degrowth in Deutschland vor allem durch die großen aktivistischen Degrowth-Sommerschulen auf den Klimacamps im Rheinland (2015, 2016, 2017) und im Leipziger Land (2018), die teils in enger Verbindung mit politischen Aktionen wie «Ende Gelände» stattfanden (Schmelzer 2016). Daneben gibt es intensive Vernetzungen in andere soziale Bewegungen hinein, die sich auch für eine sozial-ökologische Transformation einsetzen (Konzeptwerk Neue Ökonomie/Kolleg Postwachstumsgesellschaften 2017). Auf aktivistischen Konferenzen wurden zudem Anknüpfungspunkte zu wie Reibungsflächen gegenüber aktuellen Kämpfen um Migration und Care ausgelotet.

Nicht nur hierzulande gibt es mittlerweile auch eine Vielzahl an Bildungs- und Studienangeboten mit Schwerpunkt auf Wachstumskritik und Postwachstum: von partizipativen Bildungsmethoden für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit (Konzeptwerk Neue Ökonomie/Fairbindung 2015) über Sommerschulen (in Barcelona seit sieben Jahren) und vielfältige Universitätsseminare bis hin zu ersten Studiengängen (etwa der Master in Political Ecology am ICTA in Barcelona oder der Studiengang Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg).

Und schließlich hat die Diskussion zu Degrowth verschiedene politische Vorschläge und Debatten um teilweise auch realpolitische Transformationsprozesse mit angestoßen und einige Parteien haben angefangen, sich mit Degrowth auseinanderzusetzen (Adler/Schachtschneider 2017). Bisheriger Höhepunkt dieser Entwicklung war eine von Mitgliedern des Europäischen Parlaments einberufene Konferenz in Brüssel im Oktober 2018, die darauf abzielte, die Möglichkeiten

einer „Postwachstumsökonomie“ in Europa auszuloten.

In all diesen Feldern ist „Degrowth“ zunächst vor allem ein bewusst provokanter politischer Slogan. Der Aufruf zum ‚Ent-Wachsen‘ stellt die Hegemonie des Wachstumsparadigmas in Frage und postuliert die theoretische und praktische Möglichkeit von Alternativen. Dabei kommen in der Debatte ziemlich vielfältige und teils auch widersprüchliche Strömungen und Positionen zusammen. Degrowth (und im deutschen Sprachraum in etwas anderer Weise auch Postwachstum, s. Schmelzer 2015) dient als Dachbegriff oder „frame“ (Demaria et al. 2013), der in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, Nachhaltigkeits- und Entwicklungsdiskussionen zu politisieren, wachstums- und technikfokussierte Zukunftsnarrative zu hinterfragen und die Suche nach grundlegenden Systemalternativen zu intensivieren.

Dabei finden sich unter diesem Dach nicht nur vielfältige Akteure aus sozialen Bewegungen und alternativökonomischen Strömungen mit Teilen ihrer jeweiligen Anliegen zusammen, sondern es findet auch kollektive Arbeit an einer spezifischen Zusammenführung unterschiedlicher Formen der Wachstumskritik – ökologische, sozial-ökonomische sowie kulturelle Kritik, Kapitalismuskritik, feministische und, Industrialismus- sowie Nord-Süd-Kritik – sowie die gemeinsame Suche nach Alternativen statt. Wegen dieser Vielfalt an Themen und Praktiken haben wir uns darauf verlegt, von einem politischen «Spektrum» zu sprechen, das insbesondere durch seine Verbindung mit anderen sozialen Bewegungen Dynamik entfaltet.

Die Kernfrage der Postwachstumsdebatte ist, wie die materiellen, sozialen und mentalen Infrastrukturen der gegenwärtig strukturell wachstumsabhängigen Gesellschaften so verändert werden können, dass sie ohne weiter stetig steigenden Material- und Energiedurchsatz nicht nur überlebensfähig, sondern auch in der Lage sind, soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen (Schmelzer/Vetter 2019). Häufig diskutierte Vorschläge in diesem Zusammenhang sind eine radikale Arbeitszeitverkürzung

für alle sowie eine gesellschaftliche Stärkung der *care*-Arbeiten, ein Grund-, aber vor allem auch ein Maximaleinkommen, der Ausbau sozialer Infrastrukturen und nicht-monetärer, *commons*-basierter Formen der Daseinsvorsorge sowie eine ökologische Steuerreform, kombiniert mit radikaler Umverteilung von Vermögen und Einkommen.

Vor diesem Hintergrund nehmen die Beiträge des vorliegenden Schwerpunkthefts Degrowth in erster Linie als im Entstehen begriffene soziale Bewegung und ein Feld politischer Praxen in den Blick. Sie gehen der Frage nach, wie der Stand der Diskussion und der Aktivitäten rund um „Degrowth“ und Postwachstum nach 10 Jahren aus bewegungspolitischer Perspektive einzuschätzen ist. Die Besonderheit des gemeinsamen Gegenstands, aber auch die Schwierigkeit seiner Bestandsaufnahme liegen dabei wohl nicht zuletzt in der spezifischen Struktur des Degrowth-bezogenen Aktivismus zwischen politischer Aktion, kritischer Reflexion und bewusster Veränderung von Alltagspraxen.

Die Beiträge verstehen sich deswegen als Teil der Forschung zu Stand und Perspektiven von Degrowth/Postwachstum als Bewegung oder auch als Gegenstand bewegungsförmiger Mobilisierungen. Dabei wird zunächst auffallen, dass der Fokus aller Beiträge stark europäisch ist und sich die Fallstudien zumeist auf Deutschland beziehen. Dies liegt zum einen daran, dass es den Rahmen gesprengt hätte, andere geographische Regionen und vor allem außereuropäische Diskussionen angemessen zu berücksichtigen (vgl. hierzu z. B. Kothari et al. 2018; Martinez-Alier 2012; Escobar 2018; Acosta 2015). Zum anderen begreifen viele Akteure Degrowth aber auch bewusst als Bewegung oder Diskurs des globalen Nordens. Er kritisiert im Interesse globaler sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und weltweit verallgemeinerungsfähiger „solidarischer Lebensweisen“ (Brand/Wissen 2017) die Fixierung frühindustrialisierter Gesellschaften auf ein von permanenter Steigerung und Expansion abhängiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Für verwandte Bewegungen anderer

Erdteile stehen, ungeachtet der weitgehenden Übereinstimmungen über dieses gemeinsame Ziel, häufig andere Ansatzpunkte oder Begrifflichkeiten im Vordergrund.

Wie schon in den bisherigen Forschungen erscheint „Degrowth“ auch in der Zusammenschau der Beiträge dieses Hefts weniger als einheitliche Bewegung denn als heterogenes, vielfältiges, aber auch von Konflikten durchzogenes Spektrum. Die Differenzen beginnen schon innerhalb der hier zusammengetragenen Texte bei der Frage, ob jeweils von „Degrowth“ oder von „Postwachstum“ die Rede ist. „Postwachstum“ ist aus unserer Sicht der breitere, politisch weniger festgelegte Begriff. Er umfasst alle fünf der von Matthias Schmelzer (2015) unterschiedenen „Spielarten der Wachstumskritik“ und weist darüber hinaus auch offene Flanken gegenüber verschiedenen Formen der Vereinnahmung auf, wie die Beiträge von Dorothea Schoppek mit Blick auf systemimmanente „neoliberale“ Logiken und von Dennis Eversberg in Bezug auf rassistisch-nationalistische Diskurse aufzeigen.

Diese Ambivalenzen haben wohl auch damit zu tun, dass der Postwachstumsbegriff nicht notwendigerweise im selben Maße wie der des Degrowth einen aktiven, gewollten Prozess der Infragestellung herrschender Logiken impliziert. Vielmehr wird er häufig auch rein deskriptiv verwendet, zur Beschreibung von Gesellschaften, in denen Wirtschaftswachstum (ungewollt) ausbleibt und die sich mit den Konsequenzen arrangieren müssen. Oder er wird als Aufruf verstanden, die Frage nach Bedeutung und Auswirkungen der gesellschaftlichen Steigerungsfixierung gar nicht mehr zu stellen und sich stattdessen vor allem dem Erproben kleinmaßstäblicher „Alternativen“ zu widmen.

Degrowth dagegen hat schon begrifflich einen deutlich offensiveren Charakter und betont die Notwendigkeit eines klaren Bruchs mit den ökonomischen Zwängen wie den kulturellen Logiken gegenwärtiger Wachstumsgesellschaften. Die Schwäche besteht hier freilich darin, dass das Schlagwort Degrowth allzu leicht als Forderung nach einer einfachen Umkehrung der Steigerungs- in eine ebensowenig

nale Schrumpfungslöge verstanden werden kann („Schrumpf ist Trumpf!“). Zentral ist dagegen für viele Degrowth-Befürworter*innen die Frage des Verhältnisses nicht nur zur bestehenden wachstumsabhängigen ökonomischen Ordnung, sondern auch zum ökonomischen Denken als einer Wissensform, die mit dieser Ordnung in die Welt kam und – aus dieser Sicht – als organisch mit ihr verbundene für das Nachdenken und Sprechen über andere, vom Wachstumszwang befreite ökonomisch-soziale Ordnungen nicht geeignet ist.

Während hier im Heft exemplarisch Oliver Richters (in der Rubrik „Pulsschlag“) die Position einer Postwachstumsökonomik vertritt, die sich als Anwendung des ökonomischen Wissens zur Gestaltung von nicht mehr wachstumsabhängigen wirtschaftlichen Ordnungen versteht, wird einer solchen *kritischen Ökonomik* aus Sicht des Degrowth-Paradigmas die Notwendigkeit einer weit grundlegenderen *Kritik der Ökonomik* entgegengehalten.

Diese Abgrenzung zwischen Postwachstum und Degrowth ist jedoch erst dabei, sich herauszubilden, und sie darf im Blick auf die Beiträge nicht pauschalisiert werden: Viele Autor*innen, die sich auf Postwachstum berufen, nehmen sie so nicht vor und können durchaus auch dem Degrowth-Spektrum zugeordnet werden, ohne dass sie den Begriff aktiv verwendeten (hier im Heft etwa *Schoppek* und *Adler* sowie *Holz* im Online-Supplement FJSB+).

Den Schwerpunkt eröffnen *Ulrich Brand* und *Matthias Krams* mit einer Zwischenbilanz der bewegungspolitischen Rolle von Degrowth zehn Jahre nach der ersten internationalen Konferenz in Paris. Als aktivistisches Paradigma, so ihr Argument, habe sich Degrowth auch heute durchaus nicht überlebt. Um auch in Zukunft wegweisend sein zu können, müsse sich das Degrowth-Spektrum aber einer Reihe von Schlüsselherausforderungen stellen, die am Beispiel der gegenwärtigen Konvergenz von Degrowth- und Anti-Kohle-Bewegung exemplifiziert werden.

Der Beitrag der Gastherausgeber *Dennis Eversberg* und *Matthias Schmelzer* geht nochmals zu den Befunden der Leipziger Befragung

zurück und analysiert die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen den Einstellungen der Befragten und ihren aktivistischen und alltäglichen Praktiken. Dabei zeigen sich Gegensätze, die neben dem Ausmaß des Aktivismus das Spannungsfeld zwischen einer emotional-identifikatorisch aufgeladenen Bewegungspolitik und einer eher rational-kognitiv motivierten Form des Aktivismus sowie zwischen traditionell-organisationsbasierten und netzwerkförmigen Typen des Bewegungshandelns betreffen. Die immer wieder gehörte Annahme eines Auseinanderfallens von radikaler Rhetorik einerseits und kleinteiligem, gesellschaftlich wenig wirksamem Handeln andererseits bestätigt sich dabei zwar mit Blick auf das Degrowth-Spektrum in seiner Gesamtheit, nicht aber auf jede seiner unterschiedlichen Teilströmungen.

Andreas Heilmann und *Sylka Scholz* greifen in ihrem Plädoyer für eine stärkere Befassung mit Männlichkeitskonzepten in der Degrowth-Debatte den Begriff der „imperialen Lebensweise“ von Ulrich Brand und Markus Wissen auf und argumentieren für eine Weitung des Blicks auf dieselbe als „imperial-androzentrische Lebensweise“. Dies ermögliche eine tiefere Reflexion auf die eigenen Anliegen als Kämpfe für *De-Privilegierung* und könne hierüber auch Akteure im Feld gleichstellungsorientierter Männerpolitiken in die Suche nach „solidarischen Lebensweisen“ einbinden helfen.

An einer Schwäche insbesondere von Postwachstums-Ansätzen, die sich als „jenseits von links und rechts“ verstehen oder sich im Feld des Politischen lieber gar nicht verorten wollen, setzen die Beiträge von *Dorothea Schoppek* und *Dennis Eversberg* an. Beide problematisieren das in Teilen des Spektrums nur schwach ausgeprägte Bewusstsein für die Notwendigkeit politischer Abgrenzungen im Interesse des Festhaltens an eigenen emanzipatorischen Ansprüchen, das eine Vereinnahmung oder Unterwanderung durch Akteure mit ganz anderen Zielen möglich machen kann. Wohin dies führen kann und worin mögliche Gegenstrategien bestehen, wird mit Blick auf die völkisch-rassistischen Rechten diskutiert,

die versuchen, an den Postwachstumsdiskurs anzuknüpfen und dessen Akteure für die eigene menschenfeindliche Politik zu kooptieren (Eversberg), sowie an den Gefahren der Indienstnahme für neoliberale ideologische Projekte (Schoppek).

Frank Adler interveniert in die Debatte um Strategien einer Postwachstumstransformation. Er problematisiert die oft einseitige Orientierung vieler Bewegungsakteure auf individuelle und kleinräumige Veränderungen der Praxis, die voluntaristisch bleiben, weil sie eine vorgängige Überzeugung vom Wert dieser Veränderungen voraussetzen. Dagegen plädiert er für eine transformative Reformpolitik, die auf die Schaffung der Voraussetzungen breiter geteilter alternativer Erfahrungen zielt, aus denen eine solche Überzeugung für viele überhaupt erst hervorgehen könnte. Diese Reformen müssten zuallererst auf eine alternative, auf dauerhaft verallgemeinerbare Lebensweisen gerichtete Vorstellung von Wohlstand zielen und diese nicht nur denk-, sondern auch erlebbar machen.

Anna Holthaus und *Hauke Dannemann* analysieren eine wichtige Leerstelle in Teilen der deutschsprachigen Debatte um Postwachstum: Die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen, die trotz sehr ausgeprägter Potentiale feministischer Forschung und Praxis für Degrowthkonzepte und -bewegung oft ausgeblendet würden, wie sie am Beispiel Niko Paechs zeigen.

Der Schwerpunkt wird abgerundet durch zwei Beiträge im Online-Supplement FJSB+. *Ulrich Demmer* plädiert vor dem Hintergrund einer Reflexion eigener Erfahrungen im Kontext der Degrowth-Bewegung für eine plural verstandene „Aktivistischen Forschung“, die ihre Wissensgenerierung als kollektiven, dem Bewegungshandeln selbst nicht äußerlichen, sondern eingeschriebenen Prozess versteht – eine auch innerhalb des Degrowth-Spektrums durchaus umstrittene Position. Jana Holz schließlich geht auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen Akteuren der Postwachstumsdebatte auf der einen und der institutionalisierten Politik auf der anderen Seite ein. Auf beiden

Seiten identifiziert sie Hürden für eine stärkere politische Wahrnehmung und Wirksamkeit wachstumskritischer Positionen, benennt aber auch die Fortschritte, die im Hinblick hierauf in jüngster Zeit erreicht wurden.

Die grundlegenden Differenzen einer solchen Position gegenüber den Grundhaltungen und strategischen Ansätzen des Degrowth-Spektrums zeigt demgegenüber aus der Sicht eben jener Postwachstumsökonomik der Beitrag von *Oliver Richters* in der Rubrik „Pulsschlag“ auf, der entlang einer Zwischenbilanz der Oldenburger Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie zu mehr politischem Realismus und zu einer aufgeschlosseneren Haltung zu marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen aufruft.

Auch in unserer Literaturreihe werden in dieser Ausgabe zahlreiche Neuerscheinungen zum Themenschwerpunkt besprochen. In einer Doppelrezension besprechen wir die Analysen von *Lessenich* (2018) und *Brand/Wissen* (2017) zur Verantwortung des kapitalistischen globalen Nordens für die zahlreichen sozial-ökologische Konflikte im globalen Süden. Dass Alternativen bereits angedacht werden bzw. auch neuere Vorschläge für eine andere, solidarische Gesellschaft bereits vorliegen, zeigen die rezensierten Arbeiten von *Friederike Habermann* (*Economy*, 2016), *Kate Raworth* (*Die Donut-Ökonomie*, 2018) sowie *Albert Lieberg* (*Der Systemwechsel*, 2018). Neben diesen lesenswerten Monographien zum Themenschwerpunkt werden in der Rubrik noch zwei weitere Neuerscheinungen vorgestellt: Der von *Priska Daphi*, *Nicole Deitelhoff*, *Dieter Rucht* und *Simon Teune* herausgegebene Sonderband der Zeitschrift *Leviathan* zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests sozialer Bewegungen sowie ein Band von *Maurizio Lazzaro* zu Protestaktionen im Kunst- und Kulturbereich.

In der Rubrik „ipb beobachtet“ wagt *Sabrina Zajak* unter dem Titel „Engagiert, politisch, präfigurativ – Das Selbstexperiment als transformative Bewegungsforschung“ den Brückenschlag zwischen partizipativer Forschung und positivistischem Wissenschaftsideal“.

In der Rubrik Aktuelle Analyse haben wir die aktuelle Diskussion aufgegriffen, ob und wie weit politische Aktivitäten durch das Gemeinnützigkeitsrecht abgedeckt werden. Dies ist nicht zuletzt auch für soziale Bewegungen und deren Organisationsformate von Bedeutung. *Stefan Diefenbach-Trommer* untersucht am Beispiel des von Sarah Wagenknecht u. a. initiierten Aufstehen-Trägervereins die bestehenden Spielräume und Restriktionen des Gemeinnützigkeitsrechts und seiner derzeitigen, gerade bei politischem Engagement restriktiven Anwendungspraxis. Diese Analyse verliert nicht an Bedeutung dadurch, dass der Trägerverein nach Redaktionsschluss seine Satzung öffentlich gemacht hat und offenbar keine Gemeinnützigkeit anstrebt. Im Befund stellt der Autor fest: „Wer politische Bewegung jenseits von Parteien und Parlamenten möchte, sollte mit dafür sorgen, dass die Liste gemeinnütziger, also förderwürdiger Zwecke um weitere politisch aufgeladene Zwecke ergänzt wird, damit zivilgesellschaftliches Engagement nicht an Formalhürden scheitert. ... Und wer mehr Transparenz für sich politisch einmischende Organisationen wünscht, sollte für ein Lobbyregister kämpfen, das alle entsprechenden Organisationen umfasst, unabhängig von Rechtsform und Steuerstatus.“

Ungeachtet der inhaltlichen Differenzen, die in den unterschiedlichen Positionen der Beiträge zu Degrowth deutlich werden, zeigen die hier versammelten Beiträge, dass gerade der Degrowth-Diskurs in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, wachstums- und technikzentrierte Zukunftsnarrative zu hinterfragen, die Suche nach Alternativen auf eine grundlegendere, systemische Ebene zu verlagern und dazu vielfältige Akteur*innen aus sozialen Bewegungen und alternativökonomischen Strömungen zusammenzuführen. All dies birgt – auch das zeigen die Beiträge mehr als deutlich – auch in Zukunft erhebliche Herausforderungen.

Es bleibt also noch ein weiter Weg, bis die *Degrowth-Hypothese* – dass es möglich sei, in einem anderen Gesellschaftssystem ohne Wachstum gut zu leben – im *mainstream*

unterschiedlichster Fachdisziplinen angekommen sein wird. Auf der bewegungspolitischen Ebene steht vor allem an, diese Debatten stärker auch in gesellschaftspolitische und dadurch politisierende Auseinandersetzungen zu überführen, statt sie als individualisierende Verzichtsdiskussionen in den privaten Raum zu verschieben. Dabei sollten Degrowth- und Postwachstumsakteure sich der erheblichen politischen Herausforderung bewusst sein, die es bedeutet, angesichts von Rechtsruck, verstärkter Abschottung und ungebrochener exportorientierter Wachstumsfixierung gesellschaftliche Mehrheiten für ein universalistisches, auf globale Solidarität ausgerichtetes Projekt zu organisieren, das herrschenden Interessen diametral entgegensteht.

Matthias Schmelzer (Berlin), *Dennis Eversberg* (Jena), *Gabriele Schmidt* (Berlin)

Literatur

Acosta, Alberto 2015: *Buen Vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben*. München: oekom.

Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (Hrsg.) 2017: *Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft*. München: oekom.

Brand, Ulrich 2014: *Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10/2014, 29-32.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: oekom.

Demaria, Federico/Schneider, Francois/Sekulova, Filka/Martinez-Alier, Joan 2013: *What Is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement*. In: *Environmental Values*, Jg. 22, Heft 2, 191-215.

Escobar, Arturo 2018: *Designs for the Pluriverse: Radical Interdependence, Autonomy, and the Making of Worlds*. Durham: Duke University Press.

Kallis, Giorgos 2018: *Degrowth*. Newcastle upon Tyne: Agenda Publishing.

Kallis, Giorgos/Kostakis, Vasilis/Lange, Steffen/Muraca, Barbara/Paulson, Susan/

Schmelzer, Matthias 2018: *Research on Degrowth*. In: *Annual Review of Environment and Resources* 43, 43:4.1-4.26, online abrufbar unter <https://www.annualreviews.org/doi/abs/10.1146/annurev-environ-102017-025941> [08.10.2018].

Konzeptwerk Neue Ökonomie/Fairbindung (Hrsg.) 2017: *Endlich Wachstum! Materialien für die Bildungsarbeit*. Leipzig: Konzeptwerk Neue Ökonomie.

Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.) 2017: *Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*. München: Oekom.

Kothari, Ashish/Salleh, Ariel/Escobar, Arturo/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (Hrsg.) 2018: *Pluriverse: A Post-Development Dictionary*. Delhi: Authors Up Front.

Kunze, Conrad/Becker, Sören 2015: *Collective ownership in renewable energy and opportunities for sustainable degrowth*. In: *Sustainability Science*, Jg.10, Heft 3, 425-437.

Martínez-Alier, Joan 2012: *Environmental Justice and Economic Degrowth: An Alliance between Two Movements*. *Capitalism Nature Socialism* Jg. 23, Heft 1: 51-73.

Schmelzer, Matthias 2015: *Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz - eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung*. In: *Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr. Der Postwachstumsatlas*. Berlin: Le Monde Diplomatique, 116-121.

Schmelzer, Matthias 2016: *Selbstveränderung, Kapitalismuskritik, Organisation: Transformationspotentiale der Degrowth-Bewegung*. In: *AK Postwachstum* (Hrsg.): *Wachstum - Krise und Kritik: Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*, Frankfurt/M. [u. a.]: Campus, 179-200.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea 2019: *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*. Hamburg: Junius (im Erscheinen).

Weiss, Martin/Cattaneo, Claudio 2017. *Degrowth - Taking Stock and Reviewing an Emerging Academic Paradigm*. In: *Ecological Economics* Nr. 137, 220-230.